



PRESSEMITTEILUNG

20. April 2022

AfD behielt Recht – Corona-Maßnahmen sind unnütz und verursachten großen Schaden in der Gesellschaft

Die Virologen Klaus Stöhr und Hendrik Streeck äußerten heute, dass sie den Einfluss der Einschränkungen auf das Pandemiegeschehen für überschätzt halten würden. Einerseits würde sich die Saisonalität auf die Ausbreitung auswirken und andererseits hätten mittlerweile viele Menschen eine natürliche Immunität, so Stöhr.

Der Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) Andreas Gassen, ist der Meinung, dass die weiterhin sinkenden Zahlen ein Beweis dafür wären, dass das Ende der Maßnahmen keine negativen Folgen gehabt hätte.

Dazu äußert sich Ulrich Singer, Vorsitzender und sozialpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, wie folgt:

„Die staatlichen Coronamaßnahmen und die damit verbundenen massiven Einschränkungen unserer Grund- und Freiheitsrechte waren zu keinem Zeitpunkt verhältnismäßig und auch nicht dazu geeignet, das Krankheitsgeschehen einzudämmen. Es wurde viel Porzellan zerschlagen und die Gesellschaft gespalten wie nie zuvor. Die Menschen wurden in die Isolation gezwungen und mit Masken sowie Tests schikaniert. Viele verloren ihren Arbeitsplatz und die Wirtschaft wurde an die Wand gefahren.

Wir waren die einzige Partei im Bayerischen Landtag, die in den letzten zwei Jahren immer wieder vor den schlimmen sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Maßnahmen gewarnt haben. Man freut sich nicht darüber, dass man in so einem Fall recht hatte. Doch leider bestätigen sich unsere Befürchtungen in nahezu allen Bereichen. Die überzogenen Corona-Schikanen müssen sofort beendet werden und dürfen nie wieder zurückkehren. Wir fordern die politische Aufarbeitung der letzten zwei Jahre und wollen volle Aufklärung über jene Personen, die sich im Umfeld des Ministerpräsidenten dank der Maßnahmen bereichern konnten. Wir fordern politische Konsequenzen für das Maßnahmenversagen und die Steuergeldverschwendungen.“

Der kinder- und jugendpolitische Sprecher Jan Schiffers pflichtet ihm bei:

**Abgeordneter
Jan Schiffers**

Mitglied des Ausschusses
für Arbeit und Soziales,
Jugend und Familie

Integrationspolitischer
Sprecher der AfD-Fraktion

Kinder- und jugendpolitischer
Sprecher der AfD-Fraktion

Maximillianeum
81627 München
www.bayern.landtag.de

Bürgerbüro
Schützenstraße 12
96047 Bamberg
Tel. +49 951 914166-45
Fax +49 951 914166-47
E-Mail:
buero@jan-schiffers-mdl.de

„Schon zu Beginn der Corona-Krise forderten wir von der Staatsregierung, die staatlich verordnete Kindeswohlgefährdung sofort zu beenden und auch die Schulen und Kitas im normalen Betrieb zu belassen. Die Probleme, die mit den Coronamaßnahmen geschaffen wurden, zeigen jetzt ihre dramatischen Auswirkungen, die in großem Umfang unsere Kinder betreffen.

Die entstandene Bildungslücke kann nie wieder geschlossen werden. Doch noch viel schlimmer zeigen sich die sozialen Folgen durch die Maßnahmen und die permanente Angst- und Panikmache. Sie führten dazu, dass unsere Kinder an Essstörungen und gesundheitlichen Problemen leiden. Sie stürzten Familien in tiefe Krisen. All das war nie notwendig, und das ist nicht erst seit den Aussagen der Virologen Streek und Stöhr bekannt. Schon davor zeigten Experten und Studien auf, dass die Maßnahmen vor allem bei Kindern und Jugendlichen mehr geschadet als genützt haben.

Die Bayerische Staatsregierung unter Ministerpräsidenten Markus Söder trägt hierfür die Verantwortung. Daher fordern wir, dass alle finanziellen Möglichkeiten des Freistaates ausgeschöpft werden, um die gebrochenen Kinderseelen sowie die gesundheitlichen Schädigungen durch die Maßnahmen zu heilen.“